

Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband

Merzhauser Straße 111
79100 Freiburg
info@blhv.de | ☎ 0761-271 33 0

Pressesprecher:
Padraig Elsner
elsner@blv-freiburg.de ☎ 0761-271 33 403

23. Juni 2025

15 € Mindestlohn: Heimische Landwirtschaft am Limit – BLHV warnt vor Folgen für Sonderkulturbetriebe in Südbaden

Die anstehende Entscheidung der Mindestlohnkommission über eine mögliche Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns ab 2026 bereitet der südbadischen Landwirtschaft große Sorgen. Besonders für arbeitsintensive Sonderkulturbetriebe – etwa im Obst-, Gemüse- oder Weinbau – würde ein solcher Schritt zu einem massiven wirtschaftlichen Einschnitt führen.

Wirtschaftlicher Druck wächst – Anbauflächen schrumpfen

„Ein gesetzlicher Mindestlohn von 15 Euro ist für viele bäuerliche Betriebe in Südbaden nicht mehr tragbar“, warnt Bernhard Bolkart, Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbands (BLHV). In Sonderkulturen wie Erdbeeren, Spargel oder Tafelobst machen die Löhne bis zu 60 % der Produktionskosten aus. „Steigen diese Kosten weiter, können sie nicht einfach an die Verbraucher weitergegeben werden – dafür ist der internationale Preisdruck durch billige Importware zu hoch“, so Bolkart. Die Folge: Die Produktionskosten steigen, die Verkaufspreise bleiben – der wirtschaftliche Spielraum schrumpft. Bereits jetzt hinterlässt der Kostendruck Spuren: Seit Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 ist die deutsche Erdbeerproduktion um fast 30 % zurückgegangen, die Anbaufläche sogar um 31 %. In Baden-Württemberg sank die Freiland-Gemüsefläche seit 2016 um über 14 % – besonders betroffen sind Salate, Spargel und Kohlarten.

Regionale Versorgung leidet

Die Zahlen zeigen: Die heimische Produktion steht unter Druck – mit Folgen für die Versorgung. In Baden-Württemberg liegt der Selbstversorgungsgrad bei Obst bei lediglich 35 %, bei Gemüse sogar nur bei 22 %. „Wenn regionale Betriebe aufgeben, gefährdet das nicht nur die Versorgung mit frischen Lebensmitteln, sondern auch Arbeitsplätze, bäuerliche Existenzen und die Pflege der Kulturlandschaft“, warnt Bolkart. „Wer Ernährungssicherheit ernst nimmt, darf die Landwirtschaft nicht weiter unter steigende Kosten setzen.“

BLHV fordert politische Gegenmaßnahmen

Der BLHV fordert daher gezielte politische Maßnahmen, um den Strukturbruch in der Sonderkulturregion Südbaden aufzuhalten. Dazu gehören branchenspezifische Ausnahmeregelungen beim Mindestlohn. Gleichzeitig müssen steigende Kosten durch geeignete Fördermaßnahmen, Steuererleichterungen und Bürokratieabbau abgefedert werden. Darüber hinaus fordert der Verband eine konsequente Regulierung von Importprodukten, die unter deutlich niedrigeren Sozial- und Umweltstandards erzeugt wurden.

„Es geht nicht darum, faire Löhne in Frage zu stellen – es geht darum, wie sie in einer Branche, die im internationalen Wettbewerb steht, tragfähig gestaltet werden können“, so Bolkart. „Ein pauschaler Mindestlohn von 15 Euro ohne branchenspezifische Differenzierung und Ausgleichsbegleitung würde den Strukturwandel drastisch beschleunigen – mit weitreichenden Folgen für Betriebe, Verbraucher und die gesamte Region.“

Mit freundlichen Grüßen

Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband (BLHV)